

Kleine Anfrage 1684

der Abgeordneten Steeven Bretz und Anja Heinrich
der CDU-Fraktion

an die Landesregierung

Synagogenbau in Potsdam

Seit dem Jahr 2011 herrscht Stillstand an der Baugrube zur Errichtung eines neuen jüdischen Zentrums in Potsdam. Im Sommer 2015 übergab daher die Landesregierung die Moderation in der Angelegenheit an die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (Zwst). Nun sollen sich die Jüdische Gemeinde Potsdam und die Synagogengemeinde Potsdam über den gemeinsamen Bau einer neuen Synagoge in Potsdam geeinigt haben. Sie wollen kooperieren, fusionieren und die künftige Synagoge gemeinsam betreiben (PNN, Ende eines „Schützengrabenkrieges“ v. 23.04.16).

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung der derzeitige Sachstand dar?
2. Inwieweit besteht zwischen den beiden o.g. jüdischen Gemeinden und der Landesregierung Klarheit über die innere und äußere Gestaltung und das Nutzungskonzept des Bauprojektes?
3. Welcher Konsens wurde mit den weiteren jüdischen Gemeinden Potsdams im Hinblick auf die Nutzung erzielt?
4. Bleibt der Synagogen-Entwurf des Architekten Haberland Grundlage für die innere und äußere Ausgestaltung?
5. Wird das von der Landesregierung ursprünglich geplante Stiftungsmodell beibehalten?
6. Inwiefern ist die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (Zwst) weiterhin in das Bauprojekt eingebunden?
7. Welche Voraussetzungen müssen aus Sicht der Landesregierung noch erfüllt werden, damit das Bauprojekt einvernehmlich und zeitnah durchgeführt werden kann?
8. Kann nach Ansicht der Landesregierung mit der Fertigstellung des Bauprojektes im Herbst 2017 gerechnet werden?